Arbeiterkammer fordert Hilfe für Kinder

2021-02-05 19:49

Die Arbeiterkammer (AK) hat am Freitag auf die großen Probleme von Kindern und Jugendlichen in der Pandemie aufmerksam gemacht. Sie appellierte an die Regierung, hier mehr Unterstützung zu leisten, etwa in Form von Einmalzahlungen für Eltern.

Präsidentin Renate Anderl warnte, dass zu der durch das Distance-Learning entstandenen Bildungslücke der Kinder jetzt auch noch die Sorge um ihre psychische Gesundheit hinzukommt: „Unseren Kindern geht es nicht gut." Die AK fordert als Soforthilfe eine Einmalzahlung von 200 Euro zur Familienbeihilfe pro Schulkind, um Eltern zumindest finanziell zu entlasten. Das würde 240 Mio. Euro kosten. „Das müssen uns unsere Kinder wert sein", sagte Anderl.

Es brauche auch mehr Mittel für die Schulen, und das ständige „Auf-zu-auf-Zu muss ein Ende haben". Für die Akzeptanz und die Bewältigung der Coronavirus-Maßnahmen sei die Verlässlichkeit und Planbarkeit entscheidend. Die kurzfristigen Ankündigungen senkten das Vertrauen und erhöhten den Druck auf Familien wie Schulen, kritisierte Anderl ÖVP-Bildungsminister Heinz Faßmann, dem sie „Säumigkeit" vorwarf.

Hilfe in Krisensituationen

- CoV-Sorgenhotline:
  01 4000-53000 von 8.00 bis 20.00 Uhr
- Telefonseelsorge: 142
- Psychosozialer Dienst: 01 31330
- Rat auf Draht: 147

Eltern zunehmend unter Druck

Durch die ständige Belastung des Lehrpersonals und der Schülerinnen und Schüler habe man es nicht nur

mit einer Gesundheits- und Wirtschaftskrise, sondern auch mit einer Krise im Bildungsbereich zu tun, „die unsere Kinder sehr stark getroffen hat“, so Anderl.

Auch die Eltern geraten zunehmend unter Druck. „Wir wissen von Müttern, die ihren Job aufgeben, um ihre Kinder zu Hause unterrichten zu können, und von Eltern, die Angst haben, dass ihre Kinder große Bildungsdefizite haben“, sagte die AK-Präsidentin. Karl Dwulit, Vorsitzender des Landeselternverbandes Wien, prognostizierte für die Schulöffnungen am Montag und Dienstag mit Tests aller Kinder „ein Chaos“.

Psychosoziale Notfälle als Folge

Einen eindringlichen Appell an die Politik richtete Ewald Lochner, Koordinator für Psychiatrie, Sucht- und Drogenfragen der Stadt Wien. „Unseren Kindern und Jugendlichen geht es nicht gut. Das zeigen die steigenden Zahlen an Patienten. Kinder und Jugendliche weisen erhebliche psychische Probleme auf. Es muss jetzt gehandelt werden, und wir müssen die Behandlungsressourcen massiv steigern.“ Jene, denen heute nicht geholfen werde, „sind die psychisch chronisch Kranken von morgen“, warnte Lochner.

Und er schildert eine dramatische Situation: „Wir sehen heute bei jungen Menschen eine deutliche Zuspitzung der akuten psychosozialen Notfälle und der psychischen Belastungen. Kinder und Jugendliche befinden sich vermehrt in schwerwiegenden depressiven Krisen, auch Suizidalität und Essstörungen steigen an. Unter Einhaltung aller Sicherheitsmaßnahmen ist die Öffnung von Schulen aus psychosozialer Sicht ein wichtiger Schritt, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken.“